

Dringliche Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher): Konsequente Klimapolitik #1: Vermeidung von unnötigem Suchverkehr – Mehr Parkplätze in Bern!

Ursache und Beeinflussung des Klimawandels durch den Menschen sind wissenschaftlich heftig umstritten. Auch sind sich die Wissenschaftler nicht darüber einig, was für Auswirkungen zusätzliches CO₂ auf die Umwelt hat. Der Wald ist jedenfalls in den vergangenen Jahren gewachsen. Die Motionäre wollen der wissenschaftlichen Diskussion hier nicht vorgreifen. Sie stellen aber fest, dass durch die von Seiten der Stadt vorgenommene massive Verknappung des Parkplatzangebotes für die Anwohner und Besucher unnötige Immissionen und Umwege (lästiger Suchverkehr) entstehen. Dies zum Nachteil der Bewohner und Besucher und der Umwelt.

Durch die beantragte Schaffung zusätzlicher Parkplätze würde somit ein wertvoller Beitrag gegen den Klimawandel und für die Verbesserung der Luft- und Lebensqualität geleistet.

Antrag:

Wir fordern den Gemeinderat deshalb höflich auf, zusätzliche Parkplätze im öffentlichen (Strassen) Raum für Anwohnerinnen und Anwohner sowie Besucherinnen und Besucher zu schaffen; dabei sind zumindest die in den vergangenen 10 Jahren aufgehobenen Parkplätze in den jeweils vom Abbau betroffenen Quartieren zu ersetzen.

Begründung der Dringlichkeit

Der Klimawandel lässt sich gemäss Auffassung der Motionärinnen der Motion 2019.SR.000113 Dringliche Motion Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!): Konsequente Klimapolitik #5: Keine Parkplätze mehr in Bern! nicht stoppen: Es sei höchste Zeit, Massnahmen zu treffen und die verheerenden Folgen zumindest einzuschränken. Zudem sollte die Motion behandelt werden, bevor der Gemeinderat das neue Parkierungskonzept verabschiedet. Aus diesem Grunde wurde die entsprechende Motion am 25.4.2019 vom Ratsbüro als dringlich erklärt. Die Motionäre fordern im Hinblick auf die Behandlung des Parkierungskonzeptes des Gemeinderats ebenfalls die dringliche Behandlung ihres Vorstosses. Nach Auffassung der Motionäre muss ihre Motion zwingend vor der Behandlung im Gemeinderat erfolgen. Die Motionäre fordern ebenfalls – allerdings mit anderer Stossrichtung – den Gemeinderat zu Massnahmen auf, die ihrer Auffassung nach zu einer Verbesserung des Klimas und zu weniger Immissionen führen. Die gemeinsame Behandlung der beiden Motionen ist angesichts der nahezu identischen Begründung schon alleine aus Gründen der Gleichbehandlung geboten.

Bern, 25. April 2019

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Hans Ulrich Gränicher

Mitunterzeichnende: Rudolf Friedli, Kurt Rügsegger

Antwort des Gemeinderats

Die vorliegende Motion betrifft Wahl und Ausgestaltung verkehrsplanerischer und strassenbau-technischer Massnahmen und damit inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Es kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist

sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt bei ihm.

Am 22. Mai 2019 hat sich der Gemeinderat im Rahmen der Beantwortung der Dringlichen Motion Fraktion SP/JUSO (Nora Krummen/Ingrid Kissling-Näf/Benno Frauchiger, SP): *CO₂-Neutralität bis 2030* (2019.SR.000092) zum Ziel bekannt, für die Periode 2026 – 2035 eine Reduktion der städtischen, territorialen CO₂-Emissionen (ohne Kompensation durch Kauf von Klima-Zertifikaten) auf eine Tonne CO₂ pro Kopf und Jahr anzustreben. Gleichzeitig hat er ein Positionspapier zur Klimadebatte in der Stadt Bern verabschiedet. Das Positionspapier enthält als Anhang den «erweiterten Handlungsplan Klima, Stadt Bern», der wiederum aus konkreten Massnahmenblättern besteht. Verschiedene Massnahmen sind auch für den Mobilitätsbereich vorgesehen.

Eine der vom Gemeinderat nun beschlossenen Massnahmen basiert auf dem Massnahmenblatt 4d «Korrektur Fehlanreize der Parkierung MIV» der geltenden Energie- und Klimastrategie der Stadt Bern und hat direkten Bezug zum vorliegenden Vorstoss. Mit dieser Klima-Massnahme setzt sich der Gemeinderat zum Ziel, mit der mittelfristig angestrebten Halbierung des Angebots an öffentlichen Parkplätzen die Attraktivität für MIV-Fahrten in die Stadt bzw. innerhalb der Stadt zu reduzieren und damit den Anteil MIV am Gesamtverkehrsaufkommen in der Stadt Bern zu reduzieren. In Zusammenarbeit mit den Quartierorganisationen, der Wirtschaft und weiteren Interessengruppen sollen dazu in einem Umsetzungskonzept die Prioritäten der Aufhebung festgesetzt und ein konkreter Zeitplan definiert werden. Parallel zur Reduktion der Anzahl Parkplätze muss die Vergabe der (Anwohner-)Parkkarten neu geregelt werden, so dass die (reduzierte) Anzahl Parkplätze und die Anzahl Parkkarten in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Parkkarten heute – im Vergleich zu privaten Parkplätzen – zu einem (zu) günstigen Preis erworben werden können¹.

Der Gemeinderat ist überzeugt, mit den nun beschlossenen Klima-Massnahmen im Bereich der Parkierung sowohl die Nachfrage nach Parkkarten wie auch generell die Nachfrage nach Parkplätzen im öffentlichen Raum reduzieren und damit einen hohen positiven Effekt in Bezug auf die Klimaziele erreichen zu können. Hinzu kommt, dass der durch die Aufhebung der Parkplätze gewonnene öffentliche Raum der Aufenthaltsqualität sowie dem Fuss- und Veloverkehr zugute kommen wird. Neuer, lokaler Suchverkehr wird – falls überhaupt – nur vorübergehend zu erwarten sein und hinsichtlich der Klimaziele insgesamt eine untergeordnete Rolle spielen. Zusätzliche Autoparkplätze, wie sie die Motionäre fordern, würden hingegen einen Anreiz zur vermehrten Nutzung von Motorfahrzeugen auslösen, was den STEK- und Klimazielen der Stadt Bern klar entgegenläuft. Dies würde umso weniger Sinn machen, als heute anerkanntermassen viele private Parkplätze unterbelegt sind oder gar nicht als solche genutzt werden. Demgegenüber sind heute überall dort, wo in den letzten zehn Jahren öffentliche Parkplätze aufgehoben worden sind, bewährte Nutzungen oder sicherere Verkehrslösungen installiert, auf die eine Mehrheit der Stadtbevölkerung nicht mehr zu Gunsten von Autoabstellplätzen verzichten möchte.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion abzulehnen.

Bern, 22. Mai 2019

Der Gemeinderat

¹ 260 Franken pro Jahr bzw. knapp 22 Franken pro Monat